

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.

Die Vorsitzende



Anhörung im Landtag am 29.8.2001:

- Modellvorhaben Selbstständige Schule (13/807)
- Schulentwicklungsgesetz (13/1173)
- Antrag der CDU-Fraktion (13/1218)



28.08.01

Der Landeselternrat der Gesamtschulen in NW e. V. bedankt sich für die Möglichkeit der Teilnahme an der Anhörung und nimmt wie folgt Stellung:

Der LER begrüßt, dass mit dem Modellvorhaben Selbstständige Schule angeknüpft wird an die Denkschrift Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft.

Wir freuen uns, dass in der Veröffentlichung im Amtsblatt vom 15.8.01 schon etliche Elemente wieder zu finden sind, die wir seit der Auftaktveranstaltung im April des Jahres in die Diskussion einbringen konnten.

Wir begrüßen es, dass wichtige Entscheidungen näher an den Ort herangeholt werden, wo sie positiv wirken sollen.

Wir begrüßen die Weiterentwicklung und Vernetzung der Bildungsangebote einer Kommune, eines Kreises hin zu einer kommunalen bzw. regionalen Bildungslandschaft. Antworten in der Schulentwicklung, die u. a. auf demografische Entwicklungen gefunden werden müssen, liegen allein in der Vernetzung und nicht in der Zersplitterung.

Wir begrüßen es, dass Schluss sein **könnte** mit der Hin- und Herschieberei von Verantwortlichkeiten und zwischen Land und Kommune, z. B. in der Frage ergänzenden Personals wie ZDL oder IntegrationshelferInnen, SozialarbeiterInnen.

Wir begrüßen es, dass in der Entwicklung von Unterrichtsqualität neue Anstöße zu innovativen Konzepten ausgelöst werden könnten.

Wir begrüßen es, dass die Lehrpläne **in den Schulen** auf den Prüfstand kommen.

Und wir begrüßen es, dass die Mitwirkung in der Schule als eigener Qualitätsprüfstein erkannt wird und ein eigener Schwerpunkt im Modellvorhaben ist.

Wir begrüßen es, dass die Eltern und Schüler/innen im Beirat vertreten sind.

Wir haben in zahlreichen Gesprächen deutlich gemacht, dass wir als Eltern nicht passiv an der Strecke stehen wollen, um zuzuschauen, in welche Richtung der Zug rollt, sondern dass wir vielmehr sowohl in der Lok sitzen wie auch bei der Weichenstellung aktiv sein wollen.

Wenn auch inzwischen der Fahrplan ausgehängt ist, so bedarf es noch der deutlichen **gesamtgemeinschaftlichen Zielbeschreibung** und Klärung.

Dieser Aspekt ist durchaus nicht der alleinige Standpunkt des LER, sondern er wird präzise und differenziert auch von der OECD in ihrer Bildungspolitischen Analyse 2001 entwickelt.

Im ersten Teil wird Deutschland - wie schon seit geraumer Zeit in der internationalen Bildungsforschung - wiederum bescheinigt, dass wir eine Bildungspolitik betreiben, die soziale Auslese und keine eben keine Leistungsauslese fördert, dass wir mit einer Bildungspolitik, die auf Auslese setzt, international in Sachen Bildungserfolg mit 28% der jungen Erwachsenen, die ein Studium aufnehmen, blamabel dastehen gegenüber dem OECD-Schnitt von 45%, es offensichtlich mit unserem vorherrschenden System des Sortierens von Menschen nicht schaffen, die vorhandenen Begabungsreserven zu erschließen. Unser System ist davon geprägt, vornehmlich "abwärtskompatibel" zu sein. Durchlässigkeit funktioniert wirklich nur auf dem Weg nach unten.

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.

Die Vorsitzende



Schulen müssen den ausdrücklichen Entwicklungsauftrag bekommen, **durch eine gesteigerte Unterrichtsqualität**, mehr SchülerInnen den Schulerfolg zu ermöglichen, anstatt sich darauf zurückzuziehen, dass die SchülerInnen, die in den Klassen sitzen, eigentlich nicht die sind, mit denen sie arbeiten wollen. Das darf die Gesellschaft nicht nur aus sozialen, religiösen, ethischen und weltanschaulichen Gründen nicht dulden. Diese Gesellschaft kann es sich ökonomisch für ihre Zukunft überhaupt nicht leisten, dass so mit jungen Menschen umgegangen sind, die diese Gesellschaft tragen und entwickeln sollen.

Im zweiten Teil des OECD-Berichts werden Szenarien zur Schulentwicklung vorgelegt. Wir finden uns in den Vorstellungen der OECD wieder, wenn sie eine Entwicklung beschreibt, in der sich die Einzelschule durch neue Organisationsformen, weniger Bürokratie und größere Vielfalt auszeichnet, Schulen mit dem Auftrag des Erhalts und zur Entwicklung des Sozialkapitals.

Unmissverständlich wird dargestellt: Schulen, die lernende Organisationen sein sollen, die stark geprägt sind von Qualität und Chancengleichheit brauchen ein hohes Maß an öffentlichem Vertrauen und öffentlicher Finanzierung. Damit der Ansatz sich gesellschaftlich auszahlt, muss vorher einiges investiert werden.

Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit müssen eine Richtung und eine gesellschaftliche Einbettung erfahren. Sie sind kein Selbstzweck und keine Spielwiese eines **falschen** Individualisierungsmainstreams, **der auf Abgrenzung setzt und den Begriffen „Konkurrenz und Markt“ fast heilsbringende Eigenschaften zuschreibt und für die Schule doch nicht taugt.**

Denn das hat nichts zu tun mit dem Ringen um die besten Lösungen, wie Kinder in der Bandbreite und Ausprägung ihrer Begabungen auf individuellen Lernwegen, in individuellen Lerntempi und dennoch gemeinsam zu ihrem Lernerfolg geführt werden können. Das hat nicht zu tun mit dem kreativen Wettbewerb um die Umsetzung dieses ehrgeizigen Ziel und dem Lernen voneinander aus diesen Erfahrungen.

Nicht umsonst ist auch im Grundgesetz Artikel 2 das Recht auf freie Entfaltung des Einzelnen eingeschränkt durch die Wahrung der Unverletzlichkeit der Rechte von MitbürgerInnen. Wird dieser Grundsatz im Hinblick auf Chancengleichheit in den Schulen und Ressourcengerechtigkeit nicht gewahrt, so ist - scharf gesagt- Sozialdarwinismus unter den Schulen die Folge. Die Starken werden stärker und die Schwachen schwächer.

Auch die OECD warnt vor einer solchen Entwicklung, die sich eine Gesellschaft, die auf ihre Begabungsreserven angewiesen ist, nicht leisten kann.

Die gesellschaftliche Zielbeschreibung Chancengleichheit muss deshalb im Modellvorhaben deutlich ausgesprochen werden.

Der kritische Blick der wissenschaftlichen Begleitung muss den Fragen gelten:

Unter welchen Bedingungen wandelt sich demokratische Vielfalt zu inakzeptabler Ungleichheit? Inwieweit kann von der Schule erwartet werden, das sie wesentlich gleichmäßiger verteilte und gerechtere Ergebnisse erzielt und welchen Preis sind Gesellschaften bereit, dafür zu zahlen? Werden für die großen Ambitionen ausreichende Ressourcen aufzutreiben sein? Auch die unterschiedliche Finanzsituation von Kommunen darf nicht zu einem Bildungsgefälle führen. Wir sprechen uns ausdrücklich für ein Modellvorhaben aus, weil auch die Ressourcenfrage langfristig zu klären ist. Ich formuliere wieder mit der OECD:

- Ist der Wille da zu weiteren Investitionen?
- Kann es Mittelzuflüsse geben durch Umverteilung?
- Wo kann eine Effizienzsteigerung bei der Ressourcennutzung erreicht werden?

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.



Die Vorsitzende

Das muss geklärt sein, bevor weitere Schritte der Erweiterung aus dem Modellvorhaben heraus erfolgen.

Der Erfolg wird nicht umsonst zu haben sein. Wir sind nicht am Ende der nötigen Investitionen, sondern stehen erst am Anfang.

Seien wir doch bitte ehrlich. Das Programm "Vorrang für Bildung" ist weniger ein Investitions- als ein Sicherungsprogramm und erst der Einstieg in die notwendige Aufstockung des Bildungsetats. Das ist bitter für andere Politikbereiche. Aber hier wird der Grundstein für die soziale Kohäsion und letztlich auch Prosperität der Gesellschaft gelegt, von der dann auch die anderen Bereiche profitieren.

Nur wenn auch in der Ressourcenfrage Klärung geschaffen wird bei allen Beteiligten, hat das Projekt in der beschriebenen Weise eine Chance und das wäre auch ein notwendiger Beitrag zur Schaffung von Vertrauen in den Schulen, die zu Recht befürchten dass sich unter dem Deckmantel von Reformen Einsparprogramme verbergen.

So verstehen es zumindest jetzt schon einzelne Kommunen miss, die Verwaltungseinsparungen mit der Bewerbung im Projekt verbinden wollen. Hier sei nur das Beispiel Köln genannt.

So kann es nicht sein, dass Schulen ihre Fördervereine um Finanzierung von Stellenanzeigen in Zeitungen bitten, weil es dafür keinen Spielraum im eh schon knappen Verwaltungshaushalt der Schule gibt. Gerade im Modellvorhaben muss hier ein Budget vorhanden sein.

Es werden noch viele solcher Regelungsbedarfe auftauchen, die bisher noch nicht bedacht worden sind. Die staatliche Verantwortung zur ausreichenden und zur ausgeglichenen Lehrerversorgung erlischt nicht.

Wo neue und anspruchsvolle Modelle auch neue Anforderungen an die Lehrer/innen stellen, bleibt die Frage: Wie und wo findet man genug Lehrkräfte (eine Frage, die auch ganz unabhängig von dem Modellvorhaben gestellt werden muss), die bereit sind, dieses Modell zu einem Erfolg werden zu lassen.

Wir haben als Eltern kein Verständnis für die z. T. nicht mehr wirklich sachlich ausgetragene Diskussion um die Buhmann-Rolle von Schulleiter/innen als Dienstvorgesetzte.

Das gilt für die Diskussion seitens der Lehrerverbände ebenso wie die oft nicht hilfreiche Kommunikation seitens des Ministeriums. In den Diskussion scheint zu manchmal in Vergessenheit zu geraten, dass die Schule eigentlich für die Schüler/innen da ist.

Die Verlagerung von Personalentscheidung und Entwicklung der Mitbestimmung und Mitwirkung vor Ort ist ausdrücklich ein Teil des Modellvorhabens. Wir fordern, dass dies im Schulentwicklungsgesetz nicht mit den allgemeinen Regelungen vermengt wird. Auch dieser Bereich bedarf der gezielten Qualifikation der LehrerInnen und auch der SchülerInnen und Eltern. Dafür muss ein Fonds zur Verfügung stehen. Die Qualifizierungsaufwendungen vor allem auch im Zeitbudget dürfen nicht zu Lasten der einzelnen Schule gehen. Die Entwicklungen sind zu evaluieren und erst dann auf die übrigen Schulen zu übertragen. Auch diese Investition in eine demokratischere Schulentwicklung wird sich für die Gesellschaft auszahlen.

Evaluation ist für uns als stetige Vergewisserung über die Auswirkungen des unterrichtlichen Handelns und schulischen wirken ein unverzichtbarer Bestandteil von Professionalität.

Wir beziehen uns jedoch wieder auf die OECD, die deutlich davor warnen, die Schulen in Standardisierungen erstarren zu lassen.

Vielfalt gegenüber Uniformität ist die Lösung.

Und die OECD formuliert die zentrale Frage, wie Schulen wesentlich vielfältigere Wege beschreiten können, ohne über einen starken Druck der Rechenschaftspflicht zur Standardisierung zu stolpern und wie der Rechenschaftspflicht Genüge getan werden kann ohne ein flexibles Handeln zu unterminieren.

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.



Die Vorsitzende

Hier ist eine neue Evaluationskultur zu entwickeln, die sich nicht erschöpft in der immer wiederkehrenden Schmalspurforderung nach zentralen Prüfungen.

Wer das fordert- egal ob Fraktionsvorsitzender einer Regierungspartei oder gebetsmühlenartig in oppositionelle Anträge gießt, hat die Notwendigkeiten und Ansprüche an ein zukunftsfähiges Bildungssystem (immer) noch nicht verstanden.

Es wird eine Menge an Engagement, an persönlichem Einsatz zu leisten sein, um das Modellvorhaben in der vorgetragenen Zielbeschreibung zum Erfolg werden zu lassen. Wir sind bereit, dieses Engagement zu leisten, wenn die konsequent in eine zukunftsfähige Bildung investiert wird.

Sigrid Beer

Sigrid Beer, Vorsitzende